

MITTEILUNGSBLATT der

Lager-Gemeinschaft

DACHAU



Dezember 1977

Gedenkstunde

zur Reichskristallnacht

in Dachau - ehemaliges Konzentrationslager

5. November 1977

Auszüge aus der Rede von Helmut Hofer, Leiter der Abteilung Jugend im DGB-Landesbezirk Bayern, gehalten am 5. November anlässlich der Gedenkfeier zur Reichskristallnacht in Dachau:

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten war der letzte Dolchstoß für die Weimarer Republik. Sie war das Ende der ersten deutschen Demokratie. Sie war zugleich der Anfang von Tyrannei und Versklavung, und zwar in einer Perversität, wie sie die Geschichte bis zu dem Zeitpunkt nicht kannte.

Mit der Machtergreifung begann die dunkelste Zeit deutscher Geschichte. Es begann der nationale Untergang des deutschen Volkes. Das Leid und das Elend, das zwölf Jahre lang mit dieser Schreckensherrschaft einherging, ist nicht zu beschreiben. Das deutsche Volk, ja ganz Europa war dieser Mörderbande, ihren Helfern und Helfershelfern ausgesetzt.

Fünfundzwanzig bis sechzig Millionen aus allen Teilen der Welt wurden Opfer dieses Wahnsinns. Die Verwüstung und der Untergang ganzer Städte und Landstriche waren die Folge dieses Terrors.

Ist dies dem deutschen Volk noch gegenwärtig?

Denken wir noch daran, daß in dieser Zeit Wahrheit von Lüge, Humanität von Brutalität, Leben von Tod abgelöst wurden?

Denken wir noch daran, daß der Einzelne nichts in dieser Maschine von Unterdrückung und Gewalt war? Dieser Boden, auf dem wir stehen, ist blutbesudelt. Wenn er sprechen könnte, würden wir erfahren von der Grausamkeit, Niederträchtigkeit, Entmenschlichung und von der Folter, zu der diese KZ-Henker und ihr Regime fähig waren.

Wenn er Antwort geben könnte, würden wir erfahren von den Qualen, Peinigungen und von den Todesängsten, die Menschen hier zu erleiden und zu erdulden hatten.

Die Toten hier in diesen Massengräbern sind stumm. Ihre Todesschreie sind verhallt.

Auf diesem Boden, auf dem wir stehen, wurde von Nationalsozialisten das erste Konzentrationslager errichtet. Neben Auschwitz, Bergen Belsen, Mauthausen, Treblinka, um nur einige aufzuzählen, steht Dachau als Symbol nationalsozialistischer Tyrannei und Massenvernichtung. Die wenigen unter uns, die unmittelbar dieses Lager zu ertragen hatten, und überlebten, wissen, was mit dem Namen Dachau verbunden war. Leider werden sie von Jahr zu Jahr weniger. Uns werden bald die Zeugen fehlen, die noch am eigenen Leibe die Grausamkeit des Lagers zu ertragen hatten.

Anlaß unserer heutigen Gedenkstunde ist die Reichskristallnacht vom 9. November 1938, in der gegen die jüdischen Mitbürger mit einer Brutalität durch die SS- und SA-Schergen vorgegangen wurde, die bisher beispiellos war.

In jener Novembernacht wurden unter dem Vorwand von sogenannten „spontanen Kundgebungen“ im ganzen Reichsgebiet Ausschreitungen gegen Synagogen, Friedhöfe, Häuser, Läden und Menschen unternommen.

Die Zerstörung von 200 Synagogen, vielen Friedhöfen, 171 Wohnhäuser und 7000 Geschäften sowie die Verhaftung von mehr als 3000 Juden und die Ermordung von 91 weiteren Personen waren das Ergebnis dieser Mordnacht. So war es später in einem Reichssonderbericht zu lesen.

Am bitteren Ende dieses Terrorsystems waren dann sechs Millionen Juden erhängt, erschossen, erschlagen, verhungert, vergast oder durch Experimente getötet. Nach der Deutschen National- und Soldaten-Zeitung waren es ja nur „fünf Millionen und keine sechs Millionen“. Wichtig ist es, der jungen Generation aufzuzeigen, was war.

Zur Erinnerung an die Eröffnung des Lagers Dachau vor 45 Jahren,

Sonntag, den 7. Mai 1978 Gedenkkundgebung in Dachau.

Mit Geschichtslosigkeit kann man nicht leben

Wir sind hier, um der Wahrheit willen festzustellen, daß Hitler und der Nationalsozialismus kein Phänomen und schon gar keine „Karriere eines Mannes“ war, sondern der Wurzel des Faschismus entsprang. Die deutsche Großindustrie und das Großkapital standen dabei Pate oder zelebrierten.

Die nachwachsende Generation trifft zwar keine Schuld an der Tragödie deutscher Geschichte, sie kann sich dieser jedoch auch nicht entledigen, weil man mit Geschichtslosigkeit nicht leben kann.

Sie und wir alle müssen um der Zukunft willen dieses schwärzeste Kapitel deutscher Vergangenheit in den Mittelpunkt unserer Diskussion rücken, um dem in unserer Gesellschaft üblichen Verdrängungsprozeß entgegenzuwirken.

Ich möchte den großen Philosophen Santayana zitieren, der sagte: „Die sich der Vergangenheit nicht erinnern sind dazu verurteilt, sie nocheinmal zu erleben“.

In diesem Wort liegt aber auch die Verpflichtung für jede neue Generation, eigene Vorstellungen zu entwickeln, um die Gegenwart zu gewinnen.

Findet die Jugend in unserer Gesellschaft die notwendige Stütze und werden ihr positive Leitlinien vermittelt? Ich bezweifle dies. Ist es nicht vielmehr so, daß die Konservativen in unserem Lande alles daran setzen, um die Jugend wieder einmal für ihre Zwecke zu gewinnen und zu mißbrauchen?

Mit der Literatur bestimmter rechtsgerichteter Verlage, mit kriegsverherrlichenden Filmen wird mit Erfolg auf die jungen Menschen eingewirkt. Ganze Branchen erzeugen und verkaufen NS-Symbole, Uniformen sowie Ausrüstungen und verdienen damit Millionen.

Wann und wo fand sich ein Staatsanwalt oder Richter, der dies als Gefährdung der Jugend erkennen wollte, einen Betrieb oder ein Geschäft geschlossen und den Besitzer angezeigt hätten?

Ungehindert können bei diversen Treffen ehemaliger SS-Angehöriger Reden gehalten werden, die die Verherrlichung der NS-Zeit zum Ziele haben. Ungehindert kann der ehemalige Fliegeroberst Rudel als Referent auftreten und dabei Töne von sich geben, als befänden wir uns nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der Hitlerzeit.

Lehrer gegen Geschichtsklitterung

Handelt es sich um eine lokale Einmaligkeit, wenn in Parsberg der ehemalige Reichsarbeitsführer Hierl als Ehrenbürger gefeiert und in die Ahnengalerie der Gemeinde kommt? Kann und darf es in unserem Lande möglich sein, Lehrer an den Pranger zu stellen oder aus dem Schuldienst zu entlassen, weil sie keine Geschichtsklitterung betreiben wollen, sondern schonungslos das sogenannte Tausendjährige Reich mit all seinen Folgen bis zum heutigen Tage beleuchten und deshalb der linken Indoktrination bezichtigt werden?

Wen wundert es, daß angesichts solcher Tendenzen jeder Demokrat die Befürchtung hegt, daß bei uns die Restauration Einzug hält, das rechtskonservative Element an Boden gewinnt und unsere freiheitliche Grundordnung bedroht ist?

Wie weit dieser Prozeß schon gediehen ist, konnte man in den zurückliegenden Jahren an den katastrophalen Auswirkungen des sogenannten Radikalenerlasses und den einschränkenden Auslegungen des Strafrechts unübersehbar verfolgen.

Ein Blick in die Zeitungen der letzten Zeit läßt uns klar erkennen, daß hierzulande politische, weltanschauliche und rechtliche Meinungen zu Tage treten, die eine un-demokratische Entwicklung begünstigen können.

Auslösendes Element waren die Morde der Terroristen. Die Szenerie hat sich schlagartig geändert. Man darf und kann in und an dieser Gesellschaft, an diesem Staat nichts mehr kritisieren ohne dabei Gefahr zu laufen, als Sympathisant eingruppiert zu werden.

Ist es nicht blanker Zynismus, daß sich Herr Filbinger, Herr Strauß und Herr Dregger, um nur einige Namen zu nennen, als Hüter der Rechtsstaatlichkeit und der freiheitlichen Grundordnung aufspielen! Von wem ist Strauß autorisiert mit Schuldzuweisungen um sich zu werfen, was beabsichtigt er damit? Hat Herr Filbinger vergessen, daß er eine Vergangenheit hat, die nicht sehr rühmlich ist?

Wir brauchen keine Ratschläge von der verkehrten Seite. Darauf können wir verzichten. Wir wollen keinen autoritären Polizeistaat, nach dem diese Herren rufen. Weniger Demokratie heißt immer mehr Diktatur.

Aufrichtige Demokraten wie Willy Brandt, und weltweit anerkannte Schriftsteller wie Heinrich Böll werden beschuldigt, die Grundsteine für den Terrorismus gelegt zu haben. Welch ungeheuerlicher Vorwurf!

Mit dem Ruf nach der Todesstrafe durch konservative Politiker löst man zwar keine Probleme dieser Gesellschaft, aber der durch Mord und Terror verunsicherte Bürger ist allzusehr bereit, diese Forderung auf sein Panier zu schreiben. Ja, er kann es sich schon nicht mehr leisten, bei dieser Forderung abseits zu stehen, da seine Nachbarn und Bekannten schon lange dieser Meinung sind, daß den Terroristen am besten mit der Todesstrafe begegnet werden kann.



Einseitige Manipulation

Hat diese einseitige politische Manipulation des Bürgers nicht bereits dazu geführt, daß längst totgeglaubte Gefühle und Begriffe wie Nationalismus, Rassenhaß und

Denunziantentum wieder zu keimen beginnen und sich breitmachen?

Müssen nicht alle Demokraten in den Parteien sich Gedanken machen, wie die Probleme in unserer Gesellschaft und in der derzeitigen Situation ohne Emotion gelöst werden können? Die Zeit drängt. Wir dürfen diese Aufgabe nicht den Scharfmachern überlassen. Wenn wir dieser Republik nicht noch mehr Schaden zufügen wollen!

Immer wenn demokratische Grundrechte verletzt werden, immer wenn Toleranz keinen Platz mehr hat, immer wenn Arroganz politisches Handeln bestimmt und der Begriff der Freiheit nur mehr polemisches Schlagwort ist, besteht Gefahr für die Demokratie. Was diese junge Demokratie braucht, damit sie zu einem stabilen Hort freiheitlicher und gerechter Lebensform wird, ist ein hohes Maß an Bekenntnis zu ihr.

Die kritische Distanz zu diesem Staat ist, wie Bundespräsident Walter Scheel es kürzlich ausdrückte, notwendig, um die Fortentwicklung nicht zu gefährden. Demokratie ist nichts Statisches. Sie muß ständig neu entwickelt werden. Sie braucht daher Idealisten und Utopisten.

An zuviel Freiheit ist Deutschland noch nie untergegangen.

Es muß daher das Bestreben von uns allen sein, daß diese Demokratie zu einem maximalen freiheitlichen Rechtsstaat ausgebaut wird. Wenn wir uns nicht dazu bekennen, wären diese Opfer, deren wir heute gedenken, umsonst gewesen. Ihr Einsatz für die Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit darf nicht vergessen werden, sondern muß Anlaß und Auftrag für uns sein, ständig dafür einzutreten, daß derartiges wie hier in Dachau nie mehr geschehen kann.

Wie man Mörder in der BRD behandelt

Im Dezember 1975 druckten wir in unserem Mitteilungsblatt einen längeren Bericht des „Spiegel“ ab, der sich mit der Person des Dr. Schütz, ehemals SS-Arzt im Lager, befaßte. An unwiderlegbaren Beispielen wurde das verbrecherische Treiben des Dr. Schütz aufgezeigt. 1976 brachten wir einen Hinweis, daß Schütz für seine Verbrechen zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war, die Strafe aber gegen eine Kaution in Höhe von 250 000 Mark nicht anzutreten brauchte.

In diesen Tagen nun müssen wir erfahren, daß Schütz seine Strafe vorläufig nicht anzutreten braucht. Grund: irgendein Arzt hat Schütz bestätigt, daß er nicht haffähig sein soll.

Daß wir, die wir wissen, wie ärztliche Gutachten gemacht werden, und vor allem, von wem sie gemacht werden, nicht so ohne weiteres alles glauben, nimmt uns sicher niemand übel.

Deshalb haben wir dem bayerischen Justizministerium folgenden Brief geschickt:

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Unsere Lagergemeinschaft hat aus mehreren Ländern, so aus Holland, Polen und aus der Tschechoslowakei, Schreiben erhalten, in denen das Befremden der Bevölkerung darüber ausgedrückt wird, daß sich der ehemalige SS-Arzt Dr. Heinrich Schütz noch immer in Freiheit befindet.

Schütz wurde vor einigen Jahren in München zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, soll derzeit in Essen wohnen und dort als praktizierender Arzt tätig sein. Angeblich ist der Gesundheitszustand dieses Mannes so schlecht, daß er zur Zeit nicht haffähig ist.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, um Auskunft darüber, ob diese Angaben den Tatsachen entsprechen. Sollte dies der Fall sein, bitten wir um Angabe der Gründe, die für die Strafvollzugsbehörde bestimmend waren, Schütz von seinem Strafantritt zu entbinden.

Die ehemaligen politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau aus allen Ländern Europas können nur allzugut Zeugnis darüber ablegen, wie es ihnen während ihrer Haft in Dachau erging und in welchem Ausmaß sie vor allem auch von den ehemaligen SS-Ärzten brutal behandelt wurden.

Wir meinen, diese Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum ein zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilter Schinder der Gefangenen des KZ Dachau heute in nicht zu begreifender Milde behandelt wird.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister, für eine baldige Antwort sehr verbunden.

Auf unseren Brief schrieb uns das Justizministerium

Bayer. Staatsministerium der Justiz

München, den 22. November 1977

Der Staatssekretär

4010 a - II - 2693/75 :

An die

Lagergemeinschaft Dachau
z. H. Herrn Eugen Kessler
Anemonenstraße 30
8000 München 90

Sehr geehrter Herr Kessler!

Die in Ihrem Schreiben vom 9. November 1977 übermittelten Fragen nach dem Strafvollstreckungsverfahren gegen Herrn Dr. Heinrich Schütz darf ich in Vertretung des Herrn Staatsministers, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, wie folgt beantworten:

Herr Dr. Schütz wurde durch Urteil des Schwurgerichts des Landgerichts München II vom 20. November 1975 zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist seit dem 2. September 1976 rechtskräftig. Nach der Ladung zum Strafantritt im September 1976 machte der Verurteilte unter Vorlage ärztlicher Gutachten Vollzugsuntauglichkeit geltend. Da der Anstaltsarzt der Justizvollzugsanstalten München eine bedingte Vollzugstauglichkeit in der Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt für gegeben hielt, wurde am 4. Mai 1977 von der Staatsanwaltschaft Strafantritt binnen einer Woche verfügt. Auf die Einwendungen des Herrn Dr. Schütz schob das Schwurgericht des Landgerichts München II mit Beschluß vom 25. Mai 1977 die Vollstreckung bis 1. Juli 1977 auf und ordnete die Erholung eines neuen ärztlichen Gutachtens durch den Landgerichtsarzt an. Nach diesem Gutachten läßt der Gesundheitszustand des Verurteilten eine Vollstreckung derzeit nicht zu, da hiervon eine nahe Lebensgefahr für den Inhaftierten zu besorgen wäre (§ 455 Abs. 2 StPO). Privatärztliche Stellungnahmen kamen zum gleichen Ergebnis. Das Schwurgericht des Landgerichts München II erklärte daraufhin am 30. Juni 1977 jede Vollstreckungsmaßnahme bis zum 1. Februar 1978 für unzulässig. Die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II wurde mit Beschluß des 1. Strafsenats des Oberlandesgerichts München vom 22. August 1977 als unbegründet verworfen. Bis zum 1. Februar 1978 ist eine Strafvollstreckung gegen Herrn Dr. Heinrich Schütz somit nicht möglich.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Franz Neubauer

Diese Antwort kann uns nicht befriedigen. Warum?

Wir fragten unter anderem: Ob es stimmt, daß Herr Dr. Schütz derzeit eine Privatpraxis in Essen ausübt. Darauf bekamen wir keine Antwort. Und gerade dies interessiert uns. Denn wenn es stimmen sollte, daß Herr Schütz eine Privatpraxis ausüben kann, dann ist doch

wohl sein Gesundheitszustand so, daß er auch die Haftstrafe antreten könnte. Damit würden doch alle Gutachten, gleich von wem sie gemacht wurden, etwas vortauschen, was für den gewöhnlichen Sterblichen einfach unbegreifbar wäre.

Internationale Verbindung

Besuch in Rothau und Struthof

Vom 26. bis 27. Juni fand der Kongreß unserer französischen Amicale Eysses in Rothau im Elsaß statt. Auch zu diesem Kongreß hatten wir eine Einladung erhalten. Wir waren dort vertreten mit 4 Kameraden aus München und Dachau. Zusammen mit dem Kongreß wurde die Neueröffnung des Museum auf dem Struthof, vorgenommen. Bekanntlich haben französische Faschisten die Museumsbaracke niedergebrannt. Die mit der Neueinweihung verbundene Feier war eine mächtige Kundgebung französischer und deutscher Antifaschisten. Aus der Bundesrepublik waren anwesend Kameraden vom Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten aus Frankfurt. Eine größere Gruppe von Kameraden aus Baden-Württemberg sowie aus Bayern. Mit der Feier waren verbunden eine Mahnwache sowie Kranzniederlegungen.

In Skt. Malo in der Bretagne

In der Zeit vom 13. bis 16. Mai fand in Skt. Malo in der Bretagne der Kongreß unserer französischen Bruderorganisation „Amicale de Anciens de Dachau“ statt. Unsere Lagergemeinschaft war der Einladung gefolgt. Kamerad Meislings Begrüßungsworte wurden mit großer Aufmerksamkeit und Beifall entgegengenommen. Die Kranzniederlegung durch unsere Kameraden wurde stark beachtet. In herzlicher Kameradschaft und einer freimütigen Aussprache mit unseren französischen Kameraden, wurden unsere gemeinsamen Sorgen dargelegt.



Nationalkongreß in Belgien

Am 8. und 9. Oktober fand der belgische Nationalkongreß der ehemaligen Häftlinge des KZ Dachau und seiner Außenkommandos in Gent statt.

Wie immer folgten wir der Einladung mit besonderer Freude und solidarischer Verbundenheit. Herzlich war die Begrüßung der Kameraden aus nah und fern.

Um 15 Uhr fuhr die Autokolonne zum Südpark. Dort steht das Denkmal für die Gefallenen beider Weltkriege. Zahlreiche Fahnenträger hatten sich eingefunden. Schließlich legten die Gäste und das Internationale Dachau-Komitee Kränze nieder.

Anschließend fuhr die Kolonne zum Westfriedhof in Gent. Am Dachau Mahnmal wurde eine Urne mit Asche aus dem Krematorium Dachau beigesetzt und Blumen niedergelegt. Vom Friedhof führte der Weg zum Nationalen Denkmal belgischer Widerstandskämpfer in Oostakker. Das belgische Dachau-Komitee legte hier ein Blumengebinde nieder.

Auf dem Friedhof von Oostakker sind die Gräber von 66 hingerichteten Widerstandskämpfern. Zum Abschluß trafen wir uns im Heim der Politischen Gefangenen wieder. Mit Film, Musik und Tombola ging der Tag zuende. Am Sonntag wurde in der Kirche Sankt Michel eine Messe für die verstorbenen Kameraden zelebriert, und zwar vom Domkapitular von Tournai, dem ehemaligen Dachauer KZ-Häftling Jean Cassart. Während des Totenappells durch den Sekretär des CID Dachau, Georges Walraeve, und den beiden Vorsitzenden des Dachau-Komitees Belgien erklang das Partisanenlied.

Anschließend empfing uns der Bürgermeister von Gent im Rathausaal. Bei der Begrüßungsansprache wurde die Jugend beschworen, die Irrtümer der Vergangenheit zu vermeiden. Sie dürften sich keineswegs wiederholen, sonst wären die Toten und all das Leid umsonst.

Die wachsame Hartnäckigkeit der Überlebenden im Verein mit dem Enthusiasmus der Jugend wird die humanistischen Ziele erfolgreich in die Tat umsetzen.

Im Heim der Politischen Gefangenen endete der Tag mit Ansprachen der Kameraden Haag, BRD, Bernasocchi, Luxemburg, und Entinne, Frankreich.

In Marzabotto zu Besuch

In der Zeit vom 1. bis 2. August waren Kameraden der Lagergemeinschaft zusammen mit Kameraden von der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Verfolgtenverbände zu einem Besuch in Marzabotto in Italien. Dieser Ort im Apennin wurde bekannt durch die von SS Horden unter Führung des Majors Reder, ermordeten 1830 Bürger. Unsere Lagergemeinschaft schrieb aus diesem Anlaß an den Bürgermeister der Stadt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Anläßlich des 33. Jahrestages des Massakers von Marzabotto gedenkt die Lagergemeinschaft der ehemaligen Dachau-Häftlinge der 1830 Menschen die dabei ihr Leben ließen.

Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt allen Bürgern der Stadt Marzabotto und allen Bürgern der italienischen Republik, die mithelfen, damit die Verantwortung und die Verantwortlichen für die Schandtaten nicht vergessen werden.

Dies um so mehr in einer Zeit, in der wir erleben müssen, wie die unentschuldbaren Grausamkeiten des Kriegsverbrechers Kappler in der Bundesrepublik Deutschland heruntergespielt werden. Unsere Lagergemeinschaft ist mit der italienischen Bevölkerung einig in dem Verlangen, daß der Kriegsverbrecher Kappler an Italien ausgeliefert werden muß.

Warum sollte es ausgerechnet für Menschen, die so schwere massenmörderische Schuld auf sich geladen haben, Sonderrechte geben? Das gilt mit gleichem Nachdruck für die Mörder von Marzabotto.

Der Kommandeur des berüchtigten Bataillons der Leibstandarte Adolf Hitler, Reder, für dessen Freilassung sich in der BRD seit langem zahlreiche Bürger einsetzen, darf seiner gerechten Strafe nicht entgehen.

Es kann nur schlimme Folgen für das demokratische Verständnis insbesondere der heranwachsenden Generation in Italien, der BRD und anderswo haben, wenn sie erleben muß, wie mildtätig mit zynischen faschistischen Massenmördern umgegangen wird.

„Braune Ställe ausmisten“

Die skandalösen neonazistischen Umtriebe an der Münchener Bundeswehrhochschule (Offizierstudenten verbrannten bei einem Kameradschaftsabend „symbolisch“ Juden und sangen das Horst-Wessel-Lied) veranlaßten Dr. Hans Lamm, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München, zu nachfolgender Erklärung:

Die Meldung in der Süddeutschen Zeitung vom 29. September, daß im Frühjahr acht bis zehn Offiziere der Bundeswehrhochschule München, Fachbereich Pädagogik, „Juden-Verbrennung“ gespielt hätten, kann alle Demokraten dieses Landes nur mit Empörung erfüllen.

Wer in den letzten Wochen auf das Ansteigen des Neonazismus hingewiesen hat, wurde als deutschfeindlich, als Nestbeschmutzer und als jemand, der das Ansehen des deutschen Namens im Ausland schädige, hingestellt. Ob die mit pädagogischen Aufgaben betrauten Offiziere, die das Horst-Wessel-Lied sangen und dabei Papp-Stücke, die Juden darstellen sollten, verbrannten, betrunken gewesen sind oder nicht, ist unerheblich; sie haben ihre wahre Gesinnung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Es ist höchst bedauerlich, daß es fast ein halbes Jahr gedauert hat, bis dieser schandbare Vorfall an die Öffentlichkeit gelangte. In ein schwebendes Verfahren einzugreifen liegt mir fern. Ich habe Vertrauen in den Generalinspekteur der Bundeswehr und in den Bundesminister der Verteidigung, Georg Leber, daß sie braune Ställe ausmisten werden, wo immer diese existieren.

Es erfüllt mit Grauen und Entsetzen, daß derartiges sich in der „Schule der Nation“ zugetragen haben soll.

Nazi-Gruppe verteilt höhnischen Song

Ein perverses antisemitisches Pamphlet wurde kurz vor dem 39. Jahrestag der „Kristallnacht“ unserer Landesorganisation, der VAN Hamburg, zugeschickt. In dem als „Juden Song“ betitelten Pamphlet werden die Judenvergasungen in den KZs verherrlicht und die Opfer in der infamsten Weise verhöhnt. Es heißt dort z. B.: „So eine Gaskur im KZ, die finden alle Juden nett“. Oder: „Die Kopfhaut einer Judenstirn, das gibt 'nen prima Lampenschirm“.

Für das Pamphlet zeichnet die „NSDAP-Auslandsorganisation“ unter der Adresse „Box 6414, Lincoln, Nebraska, 68506 USA“ verantwortlich.

Handzettel mit derselben Adresse, mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift „Wir sind wieder da!“ wurden auf der Frankfurter Buchmesse in einen Verkaufskasten der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“ geworfen.

Für wen ist Schweigen Gold?

Zur Schandtat von Flossenbürg: Jung-Nazis gehen um Ein Brief vom Landrat und ein Kommentar von Hans Popp, LAG Dachau, BRD.

Über die Schandtat im ehemaligen Konzentrationslager Flossenbürg haben wir ausreichend berichtet. Der Presse wurde alles zugeleitet, was wissenschaftlich war. Wir haben eigene Untersuchungen angestellt — mit negativem Ergebnis. Allerdings steht fest, daß die Schänder des Mahnmals Flossenbürg kaum aus der näheren und weiteren Umgebung stammen können.

Außer den bekannten Kommentaren („Schmiereien“) auf den Fotokopien im Museum hat es im ganzen Park des Lagers nichts gegeben, was zu Ärger Anlaß gab.

Nach unseren Ermittlungen handelt es sich um eine Bande von Jungnazis, die im Land umherzieht, in Zelten übernachtet und ihre finsternen Heldentaten nach dem Muster ihrer Vorbilder nachts oder bei schlechtem Wetter vollbringen. Dabei können sie sich offenbar darauf verlassen, daß sie niemand stört und sie rasch wieder verschwinden können.

Auch die Polizei von Waidhaus, die mit der Untersuchung betraut ist, ist dieser Meinung. Doch was nützt uns das? Wir haben für Beweise und Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, eine Belohnung von eintausend Mark ausgesetzt. Bisher leider ohne Ergebnis.

In dieser Sache erhielt Hans Popp aus Winkelhaid am 27. September folgenden Brief des Landrats von Neustadt an der Waldnaab, Christian Kreuzer:

Für Ihre Zuschrift besten Dank. Leider hat sich die Beantwortung Ihres Schreibens etwas verzögert, weil in der Zwischenzeit verschiedene Rücksprachen mit den zuständigen Dienststellen und mit Bürgermeister Högen in Flossenbürg geführt werden mußten.

Die Ermittlungen in der Angelegenheit der Gedenkstätte Flossenbürg wurden von den Polizeidienststellen in Waidhaus und Flossenbürg mit großer Gewissenhaftigkeit geführt.

In die Ermittlungen ist ferner die Kriminalpolizei eingeschaltet. Konkrete Ergebnisse über den Kreis der Täterschaft konnten bisher noch nicht erzielt werden. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich weniger um nazistische Motive bei der Schändung der Gedenkstätte handeln wird, als vielmehr um Auswüchse von jugendlichen Randalierern, die zur Tatzeit mit größter Wahrscheinlichkeit unter Alkoholeinfluß standen. In Flossenbürg wurde bereits des öfteren festgestellt, daß Jugendliche mit Motorrädern in der Gegend unterwegs sind. Die Jugendlichen stammen der Vermutung nach nicht aus dem Raume Flossenbürg, sondern sind bei ihren Durchfahrten in Flossenbürg schon längere Zeit unterwegs.

Sehr geehrter Herr Popp, es liegt mir persönlich sehr am Herzen, daß die Schändung der Gedenkstätte in Flossenbürg eine restlose Aufklärung erfährt. Sobald ich Ergebnisse hierüber in Händen habe, werde ich Ihnen entsprechende Mitteilung zukommen lassen. Für Ihre Nachricht bedanke ich mich nochmals sehr herzlich und wünsche Ihnen weiterhin alles Gute.

Über die Naziumtriebe überall in deutschen Landen wird nur notgedrungen berichtet, und das nur dann, wenn die Lokalblätter um Neuigkeiten verlegen sind. In der großen Tagespresse werden Naziaktionen und Mahnmalschändungen meist übergangen oder nur flüchtig behandelt. Sie sind relativ uninteressant und decken sich mit

der Meinung derer, die noch immer schlechten Gewissens sind.

Man sollte endlich aufhören, so ist allerorten immer noch zu hören, diese Dinge immer wieder aufzuzeigen, wo sie doch schon so lange her sind! Andererseits kann ein gewisser Teil der Presse von gewissen unliebsamen Tagesereignissen gar nicht genug kriegen, ja, sie weiß oft mehr als die Polizei und die Sicherheitsorgane. Hier zeigt sich die recht widersprüchliche Sucht, unangenehme Dinge totzuschweigen, aber jede Sensation des Tages um des guten Geschäftes willen aufzubauschen. Was wird doch gegenwärtig alles über den Anarchismus geschrieben, der sich besonders in der Bundesrepublik breitmacht. Für die erste Garnitur der rechtsorientierten Politiker sind es natürlich wieder die „Linken“. Zu diesem Zweck werden die schlimmsten Verdrehungen in die Welt gesetzt, und das alles nur, um die öffentliche Meinung darüber hinwegzutäuschen, daß es eigentlich die wiedererwachten nazistischen Aktivitäten sind, die die politische Atmosphäre nachhaltiger vergiften. SS und Naziaufmärsche sind an der Tagesordnung, gefolgt von Hetzereien gegen die ehemaligen Widerstandskämpfer und einer unverständlichen Verleugnung der Massenmorde und anderer Verbrechen.

Das ist die aufgehende Saat, die von unseren Verantwortlichen verniedlicht, ja abgestritten wird. Aber an ihren Früchten wird deutlich, was sich dahinter verbirgt. Wehe, wenn das so weiter geht! Bisher wurde fast nichts getan, um die Hetzer zur Verantwortung zu ziehen. Gegen die Mordbuben Hitlers hat die deutsche Justiz versagt. Die Anarchisten nehmen sich daran ein Beispiel. Mord ist Mord, doch darüber schweigen ist nicht Gold.
H. P.

94 junge Gewerkschafter in Dachau

Sie kamen aus Stuttgart: 94 junge Gewerkschafter besuchten am 16. November die Gedenkstätte Dachau. Nach der Vorführung des Dachau-Films und einer kurzen Einführung in die Geschichte des Nazismus wurde das Museum besichtigt.

Das Interesse der jungen Gewerkschafter war groß. Denn zum erstenmal wurde vielen von ihnen in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie brutal der Nazismus in seiner Praxis war. Leider erwies sich die Zeit für die Führung durch das Museum und für die Besichtigung des Museums als zu kurz. Ein Manko, daß bei künftigen Fahrten nach Dachau von vornherein bedacht werden sollte.

Es ist jedoch hochehrfrohlich, daß das Interesse der Jugend an einem Besuch in Dachau derart gewachsen ist. Von dieser Stelle möchten wir den Organisatoren der Reise der jungen Gewerkschafter nach Dachau recht herzlich danken. Ihre Bemühungen, jungen Menschen zu zeigen, zu was Deutsche dereinst fähig waren, kann der Demokratisierung in unserem Lande nur nützlich sein.

Mißverständliches Dachau-Projekt Feuilletonisten und kleinkarierte Abstraktionskünstler versagen vor der KZ-Wirklichkeit

„Exit-Materialien zum Dachau-Projekt“ nennt der in Frankreich lebende Avangarde-Künstler Jochen Gerz seine neueste Arbeit, die im Lenbachhaus zu sehen war. Münchner Zeitungsfeuilletonisten stürzten sich auf die „peinlich, peinigende Doppeldeutigkeit“ (SZ), den „Tod

unter Glühbirnen“ (AZ) und „Die Befangenheit des Unverfänglichen“ (Münchner Merkur) als handle es sich um eine Neuauflage von Picasso Guernica-Genius. Was zu besichtigen ist, hört sich in der Sprache des SZ-Feuilletonisten Gottfried Knapp so an: „In zwei streng ausgerichteten Reihen zwanzigmal Tisch und Stuhl, aus splittigem Holz grob gezimmert; die Stühle gegen die Wand gerichtet; auf jedem Tasch ein Photoalbum ... Photos aus der KZ-Gedenkstätte in Dachau; Photos, die lediglich Inschriften zeigen, Inschriften von damals: KZ-Verordnungen. Inschriften von heute: Museums-Verordnungen. Ununterscheidbar vermischt: Hinweise, Verbote, Regeln, Warnungen und die ‚Verkehrszeichen‘ zur reibungslosen Abfertigung des Besucherstroms.“ Nach Knapp hat der Künstler Gerz „eine bestürzende Organisations-Parallelität zwischen den in der Vorstellung weit auseinanderliegenden Komplexen ‚Konzentrationslager‘ und ‚Museum‘“ entdeckt. In das gleiche Horn blasen die Berichterstatter von „Münchner Merkur“ und „Abendzeitung“. Die beschränkte Sehweise der avangardistischen Kommentatoren und Künstler ist wie nicht anders zu erwarten auf scharfe Kritik gestoßen.

Wir dokumentieren einige Stellungnahmen:

„Im Lager wurden 33 000 Menschen ermordet. Ich muß zugeben, ich stehe ratlos einem Kunstwerk gegenüber, das den Unterschied zwischen millionenfacher Qual, Folter und Mord und einem Rauchverbot einebnen. Dabei ist hier offensichtlich kein Nazi am Werk, nur ein gelehriger Schüler der herrschenden Kultur und ihrer formalistischen Freiheitsvorstellungen. Welche Austreibung politischen Bewußtseins muß stattgefunden haben, damit einer vergißt, daß in unserem Land, wo alte Nazis wieder Berufsverbote gegen Demokraten aussprechen, eine KZ-Gedenkstätte kein Museum wie das für Lederwaren oder Barockmalerei ist?

Mir scheint, der Erfolg der „Hitler-Welle“ speißt sich aus der völligen Unglaubwürdigkeit offizieller Vergangenheitsbewältigung durch die Lübke und Kiesinger, Globke und Filbinger. So konnte der Protest dagegen hier eine perverse Verbindung mit dem Zwang zum „Konformismus“ eingehen, der Kunstmarkt und Kritik bei uns beherrscht ... Die Antifaschisten, die die Dachauer Gedenkstätte pflegen, als Faschisten entlarven — das ist mal was Neues, das popt, wird ausgestellt und verkauft. Der Faschismus steht nicht vor der Tür. Aber um denen entgegenzutreten, die mit Terrorhysterie humanistische Schriftsteller wie Böll und Rinser zu Anwärtern für die nächste Vorbeugehaft machen, braucht unser Land Künstler und Erzieher, die unter Demokratisierung anderes verstehen als die Abschaffung von Führungslinien in Museen.“

Kaspar Maase in der „Deutschen Volkszeitung“

Wir trauern um

Bergmann Karl	Stuttgart
Rathgeber Josef	München
Fischer Heinz Leo, Schauspieler	München
Steer Sebastian	München
Blessing Franz	München
Fried Hans	München

Wir werden unseren Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren.

KZ-Gedenkstätte ins Lächerliche gezogen

Zur Ausstellung Jochen Gerz: „Exit-Materialien zum Dachau-Projekt“ im Lenbachhaus München:

Diese Ausstellung macht sich in dummer und dreister Weise über die Gedenkstätte Dachau lustig. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß die Gedenkstätte jährlich von Hunderttausenden von in- und ausländischen Bürgern besucht wird und den Besuchern anhand von Museum, Filmen und einer umfangreichen Bibliothek und Dokumentensammlung wichtige historische Tatsachen über die Schrecken des Hitlerfaschismus vermittelt.

Wir können nicht verstehen, daß ein Künstler auf so primitive Weise versucht, Organisation und Pflege der KZ-Gedenkstätte ins Lächerliche zu ziehen.

Wir können es auch nicht verstehen, daß unsere Stadt eine solche Tendenz unterstützt und propagiert. Angesichts der derzeitigen Naziwelle, der Pappjudenverbrennung an der Münchner Bundeswehrhochschule und anderer Provokationen alter und neuer Nazis ist diese Ausstellung ein politischer Skandal. Sie paßt genau in die rechtsradikale These, daß die Opfer des Faschismus ihren Mördern gleichzusetzen sind. Wir protestieren entschieden gegen diese Ausstellung. Wir schämen uns als Münchner Künstler für diese ungeheuerliche Beleidigung der Opfer des Faschismus.

Für die Münchner Künstlergruppe „tendenzen“

Guido Zingerl
Junkerstraße 21
8000 München 21

Peinliche Doppeldeutigkeit

Peinlich, daß zur gleichen Zeit, zu der in Hannover das Gewerkschaftshaus mit Hakenkreuzen,

„Kauft nicht beim Juden“ und „Rotfront verrecke“ beschmiert wird, ein Künstler Jochen Gerz das „Dachauer Projekt“ im Lenbachhaus zeigen darf. Laut Gottfried Knapp: „Kein Versuch also, das ehemalige KZ dokumentarisch in den Griff zu bekommen oder dessen Grauen zu rekonstruieren (nein, da sieht der Künstler eine wichtigere Tagesaufgabe!), lediglich die Entdeckung einer bestürzenden Organisations-Parallelität zwischen den in der Vorstellung so weit auseinanderliegenden Komplexen „Konzentrationslager“ und „Museum“. Sondern: „Gerz geht es nicht um einen billigen, raschen Sieg über eine unglückliche Institution, die mit ihrer ganzen Existenz allenfalls die „Unfähigkeit zu trauern“ demonstrieren kann“.

Peinlich, daß offenbar der Bericht nicht weiß, daß es im In- und Ausland noch Tausende Hinterbliebene der Dachauer Toten gibt, die noch sehr trauern.

Peinlich, daß der Versuch, der heutigen Jugend wenigstens eine museale Vorstellung zu geben von dem, was Deutsche an ihren Mitmenschen verbrochen haben, als „unglückliche Institution“ beschimpft werden darf.

Peinlich, daß Jochen Gerz „die Bundesrepublik auf der Biennale in Venedig vertreten“ hat.

Peinlich, daß dem Bericht über diese Gefühlsrohheit einer Gleichsetzung von Konzentrationslager mit der Gedenkstätte eine Zeitung wie die SZ einen Raum von 123 Zeilen widmet; für die Ausstellung „Bücher aus der DDR“, immerhin eine kulturelle Dokumentation aus dem anderen Deutschland, aber nur 3,5 Zeilen freimachen kann. Peinlich, peinlich!

Dipl.-Ing. Klaus Maase
Meilenberger Straße 13
8191 Dorfen

Was die Dachauer Museumsleitung meint

Barbara Distel, Leiterin des KZ-Museums, in einem Brief an den Münchner Kulturreferenten Dr. Jürgen Kolbe:

„Wir haben es bedauert, daß sich Herr Gerz, als er hier seine Aufnahmen machte, nicht mit uns in Verbindung gesetzt hat und uns auch die Leitung des Lenbachhauses nicht über das Vorhaben, diese Ausstellung zu zeigen informierte.“

Die am Aufbau und der Errichtung der Gedenkstätte Beteiligten haben sich besonders darum bemüht, Hinweistafeln und Beschriftungen von bürokratischem Amtsdeutsch freizuhalten, um bei empfindlichen Besuchern keine unangenehmen Assoziationen zu erwecken

(das Wort „verboten“ wurde z. B. bewußt vermieden). Der Vorwurf „Sprache Museum = Sprache KZ“ trifft deshalb hier auf ein ungeeignetes Objekt.

Die Gedenkstätte und das Museum in Dachau konnten erst nach langjährigen Bemühungen von seiten der Organisation der ehemaligen Häftlinge errichtet werden. Hauptanliegen war, daß diese Einrichtung mit der Dokumentierung des Geschehens dazu beitragen sollte, eine Wiederholung „KZ Dachau“ zu verhindern.

Die Aussage der Ausstellung im Lenbachhaus kann deshalb eigentlich nur als Verunglimpfung dieser Bemühungen gesehen werden, selbst wenn Herr Gerz versichert, daß dies nicht seine Absicht war.

Zur Erinnerung an die Eröffnung des Lagers Dachau vor 45 Jahren,
Sonntag, den 7. Mai 1978 Gedenkkundgebung in Dachau,

Bericht von Martin Grünwiedl

über die Herstellung der Broschüre "Dachauer Gefangene erzählen" 1934

Martin Grünwiedl, der wiederholt im Konzentrationslager Dachau und von 1939 - 45 in Buchenwald inhaftiert war, hat 1947 einen interessanten Bericht geschrieben, den wir hier in Auszügen einem größeren Leserkreis zugänglich machen möchten.

Es geht um die Entstehung der Broschüre "Dachauer Gefangene erzählen", die als illegale Schrift in Hunderten von Exemplaren 1934 verbreitet wurde. Martin Grünwiedl schreibt, daß er nach seiner ersten 11-monatigen Inhaftierung in Dachau 1934 von befreundeten Antifaschisten aufgefordert worden sei, einen Tatsachenbericht über Dachau zusammenzustellen. Da praktisch alle in Frage kommenden Antifaschisten, in deren Wohnungen die Broschüre mit Matrizen vervielfältigt hätte werden können, in Haft oder in akuter Gefahr waren, kam man auf eine andere Idee:

"Mit 8000 Bogen Papier, Abziehapparat, Proviant und 2 Zelten, verpackt auf 5 Fahrrädern, zum Teil mit Anhänger, ging es - als Urlauber getarnt - in die Pupplinger Auen bei Wolfratshausen. Auf einer buschigen Insel schienen wir ungestört."

Doch ganz so ohne Störungen - wenn auch auf unerwartete Weise - ging es dann doch nicht ab:

"Nach dreitägiger Arbeit ging ein Teil der Matrizen kaputt und mußte in München (ca. 30 km Entfernung) erneuert werden. Der dazu ausgewählte Kamerad kam zum verabredeten Zeitpunkt nicht zurück. Es wurde stockfinster und regnete. Mit Bangen und Sorgen schlüpfen wir in unser Zelt und schliefen endlich vor Müdigkeit ein. Morgens 1/2 3 Uhr schnellten wir in die Höhe. Sirenengeheul ganz in der Nähe: Verrat! Gestapo, umzingelt, war der erste Gedanke, und er wurde auch ausgesprochen. Sollte das wirklich unsere letzte Stunde sein? - Unsere Herzen schlugen in heftigster Aufregung. Nach einer solchen halben Stunde begann unser Zelt von unten her zu drücken und zu schwanken. Die Sirene heulte abermals, aber etwas entfernter. Ich kroch heraus und spürte nichts als Wasser. Meine Kameraden schlichen nach in Richtung auf ein dichtes Gebüsch, wo im zweiten Zelt unsere "Druckerei" gerade von den ersten Wellen umspült wurde. Auf die nun wieder einsetzende Sirene sprach unser P. die ersten erlösenden Worte: "Das ist ja die Wasserpolizei!" Also nicht Verrat, und nicht Gestapo!

Das Wasser stieg fühlbar. Nun ging's an die Rettung all unserer Sachen. Zuerst Papier und Apparat, dann Zelte und Fahrräder. Nackt, finster und im Regen, mußten wir durch das überflutete Gebiet, oft bis an die Schultern im kalten, dreckigen Isarwasser, unsere Sachen in den hochgestreckten Händen, bis wir in erhöhtem Gelände geborgen

waren. Bei Tagesanbruch war alles Notwendige gerettet. Der Regen hörte auf, und auch das Wasser begann sich langsam wieder zu verlaufen. - Schließlich kam auch unser lieber "Verräter" mit den neuen Matrizen. Er wunderte sich, daß wir trotz unserem Unglück und Durcheinander noch so guter Laune waren, und er staunte über unsere etwas zu freundliche Begrüßung. Von unserem ursprünglichen schmutzigen Verdacht erwähnten wir nichts."

Zwei Tage später mußte allerdings die "Druckerei" erneut verlagert werden, und diesmal wieder nach München zurück, weil Grünwiedl und seine Freunde durch einen Bauern beim Mähen aufgestöbert wurden. Nun mußte eine möglichst sichere Wohnung zur Weiterarbeit gefunden werden:

"Da bei der Arbeiterfamilie Johann und Therese B., München, kurz vorher von der Gestapo eine vollkommen ergebnislose Hausdurchsuchung stattgefunden hatte, fühlten wir uns im Augenblick unter Mithilfe neuer Kräfte ganz sicher in dieser Speicherwohnung. Endlich waren 650 Stück zu 32 Seiten, davon 30 Seiten mit Text, mit dem Handapparat abgezogen und geheftet. Rund 400 Stück übergab ich der illegalen Gruppe der KP Obergiesing, deren Leiter damals Gustav Wagner, München, Elilandstr. 12, war. Die Gruppe war damals noch intakt und konnte nach fünf Tagen 130 Stück à 20 Pfennig abrechnen. Die anderen wurden kostenlos in Briefkästen geworfen, trotz unserer lange nicht gedeckten Auslagen."

Ein Teil wurde auch mit der Post verschickt. Grünwiedl berichtet dann noch weiter:

"Ich wurde am 27. August 1934 wieder verhaftet, aber nicht in diesem Zusammenhang, sondern wegen einer alten Sache aus dem Jahre 1931.

Nach dreiwöchigem Kreuzverhör wurde mir aber wahrhaftig auch unsere Broschüre vorgelegt. Zum Glück wußte ich damals noch nichts von dem in Giesing umgehenden Gerücht, ich säße wegen der Broschüre über Dachau und würde einen Kopf kürzer gemacht werden. Diese Redereien von Seiten meiner Freunde und Bekannten wären mir beinahe zum Verhängnis geworden. Doch der Gestapobeamte, der mich beim Durchblättern der Broschüre beobachtete, sagte schließlich seinen Kollegen: "I hab's ja glei g'wußt, viel zu dumm dazu!" Ich hatte also meine Verstellung genügend gut gespielt. Als hartnäckigen Leugner in der besagten früheren Sache brachten sie mich allerdings dennoch wieder nach Dachau und 37 Tage an die Kette im Arrest."

Nach dem Krieg konnten zwei Exemplare dieser Broschüre wiedergefunden werden.

Zu unseren Bericht auf Seite 8 und 9

Der Reichsführer-SS

und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Adjutantur

B.Nr.: 1/897/40 Ads. H.

Berlin SW 11, den 24. März 1942
Deinzig-Albrecht-Straße 8

Es gibt einen Weg zur Freiheit!
Seine Mittelheine heißen: Gehirnan,
Sport, Cholesterin, Ordnung, Sauberheit, Tüchtigkeit,
Hemlichkeit, Überflut und Liebe zum Deutschen.



MARTIN GRÜNWI E D L

als Schutzhäftling in Dachau, Herbst 1933
gezeichnet von seinem Kameraden
A. Schuster aus Kempten

An

Frau Resi Grünwiedl - Persönlich -
München 25
Traubinger Str. 6 b

Nach Prüfung der Haftangelegenheit
Ihres Mannes Martin Grünwiedl teile ich Ihnen
im Auftrage des Reichsführers SS und Chefs der
Deutschen Polizei mit, daß es dem Reichsführer SS
vorerst nicht möglich ist, Ihren Mann, der wegen
seiner staatsfeindlichen Einstellung festge-
nommen wurde, aus der Haft zu entlassen, da
er im Lager bisher nicht gezeigt hat, dass
er gewillt ist, sich auf dem Boden der national-
sozialistischen Weltanschauung in die deutsche
Volksgemeinschaft einzureihen.

Heil Hitler !

Hauptwachmeister d. Sch.

Wir danken unseren Spendern

München: O.A. DM.100. A.B. DM.50. H.D. DM.50. W.D. DM.50. J.D. DM.50. J.E. DM 10,
H.L.F. 20, F.H. 20, J.H. 10, J.K. DM 20, J.Kr. DM 50, F.L. DM 30,
F.M. DM 10, K.M. DM 20, E.M. 30, H.M. DM 20, L.R. DM 20, A.R. DM 20,
W.S. DM 20, M.S. DM 10, A.S. DM 20, H.V. DM 30, W.W. 20, F.W. DM 30,
M.D. DM 20, G.R. DM 50, S.Schl. DM 10, Dr.E.B. DM 30, O.W. DM 100,
I.G. DM 100, R.E. DM 50;

Stuttgart: F.B. DM 20, P.Sch. DM 20, R.B. DM 100, K.W. DM 10;

Buchen: R.Sch. DM 20, Deisenhofen: F.A. u. E.St. DM 105,
Essen: P.F. DM 100, Hannover-Linden: A.B. DM 10, Hechendorf: L.W. DM 10,
Herrenberg: W.R. DM 100, Kaufbeuren: Th.L. DM 30, Kelheim: I.K. DM 20,
Kolbermoor: E.T. DM 200, Rosenheim: K.O. DM 30, Regensburg: K.F. DM 100,
Schramberg: F.A. DM 100, Wendlingen: O.W. DM 10, Willstätt: EB DM 200,
Wolfach: I.Sch. DM 10, Karlsruhe: A.H. DM 10, Seesens: H.P. DM 100,

Nürnberg: W.G. DM 50, B.E. DM 10, B.B. DM 20, R.K. DM 10, I.R. DM 3,
K.M. DM 20,

Dachau: O.F. DM 10, J.Sch. DM 100; Marktredwitz: F.Sch. DM 10,
Neumarkt: F.B. DM 10, Schnaittach: H.H. DM 30, Herzogenaurach: O.P. 10,
Alfter: A.T. DM 30, Münster: M.R. DM 10, Erbsdorf: F.H. DM 150,
Darmstadt: H.K. DM 20, Ismaning: F.V. DM 30, Ottersberg: L.D. DM 100,
Bodenmais: W.K. DM 100, Landshut: M.K. DM 10, Dreieichen: M.M. DM 10,
Schellenberg: I.A. DM 50, Schwarzach: F.D. DM 10, Rosenheim: H.K. 15,
Wiesbaden: D.M.N. DM 50.

Luxemburg: R.H. DM 20, Lüttich: F.V. DM 64;
Frankreich: Acherese: H.G. DM 86.44

Wenn unser Staat das wäre, was er sein sollte, dann würden die Lehrer ihre Schulklassen hierher führen, dann würden die Rekruten der Bundeswehr an diesen Mahnmalen auf ihre Pflicht als Demokraten aufmerksam gemacht, dann würden Ehrenwachen an diesen Mahnmalen stehen. Aber dem ist nicht so. Wir, die Gewerkschaften, haben die Pflicht, das zu tun, was vorläufig noch — auch nach 30 Jahren — unser Staat nicht tut, obwohl er es tun sollte.

Warum sind die Menschen gestorben, für die das Mahnmal errichtet worden ist, an dem wir stehen?

Waren es Hausfrauen, die den Mord organisierten? Waren es die Straßenbahner, waren es die Buchdrucker, waren es die Schüler in den Schulen? Wem nützte die Unterwerfung fremder Völker, wem nützte es, daß Millionen Menschen unter schrecklichem Hunger und Qualen zur Arbeit getrieben und schließlich buchstäblich bei der Arbeit verschrottet wurden? Wem nützte es, wenn nicht denen, die diese Arbeit ausbeuteten? Die großen deutschen Konzerne waren es, die zu Hunderttausenden fremde Sklaven — „Fremdarbeiter“ sagte man damals — mit Gewalt in ihre Fabriken und Werkstätten zur Zwangsarbeit peitschten.

Für diese Verbrechen wurden bei Kriegsende maßgebende Vertreter dieser Konzerne zu Zuchthaus verurteilt. Friedrich Flick, der reichste Mann Deutschlands, zu dessen Betrieben Daimler-Benz, die Papierfabrik Feldmühle und zahlreiche andere Betriebe gehören. Krupp, der Name, der schon seit Jahrzehnten für Kriegsorganisation stand. Sie und andere wurden vor Gericht gestellt und zu Zuchthaus verurteilt. Aber ihre Konzerne existieren weiter. Sie sind heute wohl wichtiger denn je in diesem Lande, in Westeuropa und in der dritten Welt. Die Macht der Konzerne, wir haben sie im eigenen Lande zu spüren bekommen, schon bevor sie die Wehrmacht gegen Frankreich, gegen Belgien, gegen Holland, gegen Polen, gegen die Tschechoslowakei, gegen die Sowjetunion jagten und Millionen deutsche Soldaten sterben mußten, damit der Profit der Konzerne erhalten blieb und ins Unermeßliche wuchs.

Wir haben die Konzerne erlebt in den Jahren der Weimarer Republik, einer Republik, die von sich sagte, daß sie die freieste Verfassung der Welt habe. Aber in dieser Republik mit der freiesten Verfassung war die wirtschaftliche Macht in den Händen der Krupp und Flick, der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, und wie sie alle heißen. Ihnen war der Profit wichtiger als das Recht auf Arbeit, Millionen Menschen wurden arbeitslos unter ihrer wirtschaftlichen Diktatur — wie heute. Riesige Profite schafften sie — wie heute. Und

als die Arbeiterschaft versuchte, sich zu wehren, da mobilisierten, finanzierten und bewaffneten sie ihre Bürgerkriegstruppe gegen die Gewerkschaften, gegen Sozialisten und schließlich gegen alle Völker Europas: Die SA, die SS und die Wehrmacht.

Wir erleben heute, daß die Konzerne sich sperren gegen jede soziale Reform. Daß sie selbst die wenigen Rechte der Mitbestimmung, die die Gewerkschaften bisher erkämpft haben, durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht wieder rückgängig machen lassen wollen. Unserer Gewerkschaft, den Druckern und Setzern, den Journalisten verweigern sie überhaupt jede Mitbestimmung, um die Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung wirtschaftlich und politisch uneingeschränkt in der Hand zu haben. Wir haben in diesem Jahrhundert erlebt, daß man über Leichen geht, wenn es um große Gewinne geht. Die schwarze Mehrheit der Menschen in Südafrika erlebt es bis heute. Die Menschen in Chile erleben es, deren verfassungsmäßig gewählte Regierung von den Konzernen wie ITT und anderen mit blutiger, bestialischer Gewalt liquidiert wurde, um die Diktatur der Konzerne wieder zu errichten. Ihr Todfeind ist eine Ordnung, in der es Demokratie auch für die arbeitende Bevölkerung, Demokratie und Menschenrecht auch in der Wirtschaft gibt.

Dagegen kämpfen sie mit Lügen, Unterdrückung, Gewalt, Blutvergießen, wie sie es hier in Deutschland millionenfach praktiziert haben und wie wir es als Gewerkschafter nie vergessen dürfen. Denn das ist nicht nur „Vergangenheit“, das kann Zukunft werden, wenn wir die Fehler wiederholen, die wir in den 20er und 30er Jahren begangen haben. Wir sind die Mehrheit und wir waren auch damals die Mehrheit, aber wir waren uns nicht einig. Wir waren zerstritten: Sozialdemokratische Gewerkschaften gegen christliche Gewerkschaften; sozialdemokratische Partei gegen kommunistische Partei; Marxisten gegen Katholiken; liberale jüdische Bürger gegen die Arbeiterbewegung.

Wir haben nicht rechtzeitig begriffen, daß wir einen gemeinsamen Feind hatten, der uns alle, ganz gleich wo wir standen, unterwerfen, rechtlos machen, ausbeuten und schließlich umbringen wollte. Und er tat es. In den Zuchthäusern, in den Konzentrationslagern fanden sich viele zusammen. Der Schwur, der damals geleistet wurde, im Zuchthaus Brandenburg, im Konzentrationslager Buchenwald, im KZ Dachau, diesen Schwur sollten wir niemals vergessen, der da besagt: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Uneinigkeit derer, die gegen Faschismus und Krieg kämpfen.“

Der Rechtsruck in unserer Nachkriegsgeschichte nahm mit der ersten Rezession 1965/67 seinen politischen Anfang und führte hin bis zum Terrorismus dieser Tage. Die Terroristen der Gegenwart sind keine Linken, wie so oft behauptet wird. Die Emanzipation der Abhängigen und Unterdrückten ist nicht das Ergebnis ihrer Taten. Wirkliche Linke bekämpfen ihre Gegner politisch mit den parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten. Die Linke kämpft nicht mit den Methoden des individuellen Terrors, denn sie weiß: Das stärkt nur das repressive Potential des Staates. Heute können wir bereits viele Einzelercheinungen aneinanderreihen, die uns ernsthaft die Frage nach den Inhalten unserer Demokratie stellen lassen. Denken wir nur an einen Vorgang, der unter den verkürzten Bezeichnungen „Radikalenerlaß“ oder „Berufsverbote“ bekannt ist, der zum Schutze der Demokratie ausgedacht war, längst aber zum Selbstzweck geworden ist. Und die zu schützende Grundordnung auf geradezu radikale Weise gefährdet. Gewinn hat einzig die Bürokratie. Indem sie immer neue Gefahren erfindet und immer umfassendere Erkenntnismöglichkeiten entwickelt, immer mehr Arbeitsplätze für beamtete Schnüffler schafft und so ihre eigene Existenz begründet und verewigt. Die Spuren allerdings, welche diese Gewaltakte in allen öffentlichen Bereichen hinterlassen, drohen zum Substanzverlust der Demokratie zu werden.

Was ist zu tun? An dieser Gedenkstätte sprechen wir nicht nur von der Vergangenheit. Wir denken an die Verpflichtung, die dieses Mahnmal uns für heute und für morgen auferlegt. Die Verpflichtung, zusammenzustehen. Die Verpflichtung, die Einheitsgewerkschaft unabhängig zu halten von Parteien- und Regierungseinfluß; sie stark zu machen; die Gegensätze zu überwinden, die in der Arbeiterbewegung, die in der demokratischen Bewegung noch immer existieren und planmäßig geschürt werden. Heute, da wir wieder eine Million Arbeitslose haben, heute, da eine hysterische Propaganda geradezu den Ausnahmezustand für unser Land propagiert, heute, da die Arbeiterbewegung oft mehr als in der Vergangenheit um ihre elementarsten Rechte, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Mitbestimmung kämpfen muß, heute müssen wir mehr denn je diese Verpflichtung zur Einigkeit hochhalten, um die Grundrechte und Freiheiten in der Bundesrepublik zu erhalten und um gewerkschaftlichen und demokratischen Widerstand gegen eine weitere Rechtsentwicklung zu ermöglichen.

Zum Jahreswechsel

Das Jahr 1977 war gewiß eines der turbulentesten seit dem Untergang der Hitlerherrschaft. Kaum je zuvor haben einige wenige Ereignisse eine solche Fülle von Schlagzeilen hervorgerufen wie 1977.

Erinnern wir uns zunächst der Morde an Buback, Ponto und Schleyer sowie der angeblichen Selbstmorde der sogenannten Baader-Meinhof-Leute. Um es gleich deutlich zu machen: wir sehen in den Morden an einigen Repräsentanten der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik absolut sinnlose verbrecherische Taten, die durch keinerlei Entschuldigung oder Erklärung zu rechtfertigen sind.

Zwar sind wir der Meinung, daß in der Bundesrepublik manches, um nicht zu sagen vieles verbesserungswürdig und wohl auch verbesserungsfähig ist. Aber wir sind der Überzeugung, daß dieses System, auch wenn uns vieles an ihm nicht gefällt, nicht erschossen werden kann. Um so entschiedener müssen wir vor allen Versuchen warnen, den Abbau demokratischer Rechte zu betreiben und dafür die Morde an einigen Repräsentanten herrschender Kreise zum Anlaß zu nehmen.

Nur allzu besinnungslos versuchen nicht wenige hieszulande Gesetze herbeizureden, die unter Hitler und seinen Banden Gültigkeit hatten. So berührt uns der Schrei nach der Todesstrafe deshalb besonders, weil von ihm immer dann nichts zu hören ist, wenn die gewiß nicht seltenen Massenmörder der SS vor Gericht gestellt werden. Dabei handelt es sich bei den SS-Prozessen in jedem Falle um vielfachen Massenmord. Man braucht nur

die Namen Auschwitz, Maidanek, Lublin und andere zu nennen.

Was soll man davon halten, daß der Bayerische Minister Dr. Seidl sich zu den Todesstrafen-Schreihälsen gesellt. Hat doch dieser Mann die nazistischen Kriegsverbrecher in Nürnberg teilweise verteidigt! Dabei hat er sich, als wäre das selbstverständlich, gegen die Todesstrafe an SS-Mördern ausgesprochen.

Zum andern erinnern wir an die Merkwürdigkeiten um Dr. Schütz, von dem in dieser Ausgabe die Rede ist. Es mangelt wahrlich nicht an Beispielen, die zeigen, daß in der BRD mit zweierlei Maß gemessen wird. Und unsere Kameraden, die in Lagern fast ausnahmslos schwere Gesundheitsschäden davongetragen haben, bekommen keine Renten oder solche, die sie zu einem Leben unter dem Existenzminimum zwingen! Die Witwe des Verbrechers Heydrich muß sich mit kümmerlichen 4500 DM durchhungern.

Das Wort des Präsidenten Scheel scheint doch nicht ganz zu stimmen: „Wir haben die beste Demokratie, die wir jemals hatten.“ Recht geben wir Herrn Scheel allerdings, wenn er sich und seinesgleichen sowie die pensionierten Nazigeneräle und ihresgleichen meint.

Unsere Kameraden, die selbst jeden Tag erfahren, wie die neue deutsche Demokratie aussieht, werden nach all diesen Erfahrungen kaum anderes tun können, als im Sinne des Schwurs von Buchenwald wirken. Es wird sicher noch viel Ausdauer und Mut nötig sein in diesem unserem gerechten Kampf um eine Welt ohne Krieg und Faschismus.

Allen Kameraden und ihren Familien entbieten wir zum Jahreswechsel unsere herzlichsten Grüße und wünschen allseits Gesundheit und Wohlergehen.

Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau

Späte Erkenntnisse, aber nicht zu spät

Ganz anders als früher kann man in der Gedenkstätte Dachau in letzter Zeit einen sehr stark gewachsenen Besuch von Einheiten der Bundeswehr registrieren, ja, man kann zum Teil gar von einer kleinen Invasion sprechen.

Vermutlich hat das große kritische Echo, das der antisemitische Skandal in der Bundeswehrhochschule von Neubiberg gefunden hat, zu dem überaus großen Interesse beigetragen, das wir in der Vergangenheit bei der Bundeswehr vermißt haben.

Aus den Diskussionen mit Angehörigen der Bundeswehr kann geschlossen werden, daß hier etwas nachgeholt wird, was längst hätte sein sollen. Wir müssen feststellen, daß eine Reihe von Bundeswehrsoldaten über die Gründe und Abgründe der Vergangenheit noch viel zu wenig wissen.

Für viele dieser „Staatsbürger in Uniform“ sind die im Museum ausgestellten Dokumente geradezu eine Offenbarung. Den Verantwortlichen wären Führungen durch das Museum zu empfehlen. Wir sind sicher, daß sich dafür geeignete Menschen finden.

Eine dringende Bitte: es wäre schön, wenn noch mehr Kameraden für unser Mitteilungsblatt schreiben würden!

Spendenkonto: Gustl Gattinger, Postscheckamt München
Konto-Nr. 405 43-803

Verantwortlich: Eugen Kessler, Anemonenstraße 30,
8000 München 90, Eigendruck